

Derk-Bellemungen der SPD

"Die Wellung der kommunistischen Steuerforderungen"

Initiation heißt Ausblähung. Die SPD behauptet plötzlich, Angst vor einer solchen Aufblähung des deutschen Geldes zu haben. In einem ausführlichen Artikel ihres Abgeordneten Dr. Herz wird zu beweisen versucht, daß die Erfüllung der im Reichstag gestellten kommunistischen Steuerforderungen zu einer neuen Inflation führen würde.

Es ist schlimm für die SPD bestellt, wenn sie gegen die Steueranträge der Kommunisten keinen sachlichen Einwand mehr hat und sich nun trampftartig bemühen muß, eine neue Inflationsangst zu erzeugen. Trotzdem die Herren Sozialdemokraten als mitschuldige Minister den verschiedenen Inflationssregierungen der Jahre 1918–1922 angehört haben, trocken sie also als Mithilfende sehr gut verstanden, eine Inflation, eine Geldentwertung zugunsten des Großkapitals herbeizuführen, kann ihr bewährter Steuerfachmann Dr. Paul Herz in seinem Artikel den Beweis der Inflationssgefahr als Wirkung der kommunistischen Steueranträge keineswegs erbringen.

Mit umso größerer Bereitwilligkeit können wir auf die Gedankengänge des Artikels Punkt für Punkt eingehen. Herr Dr. Herz schreibt, wenn wir seine kleinen Schimpferien weglassen, ungefähr folgendes:

"Die Kommunisten haben den Reichstag mit einem Bündel von Steueranträgen beglückt, durch die das ganze Steuersystem von Grund auf verändert würde – der eine Teil der Anträge wünscht die Auflösung der sogenannten Massensteuern, der andere eine überaus scharfe Erhöhung der Besitzsteuern."

Zawohl, ganz richtig, wir bestätigen, daß das unsere Absichten sind. Und wir danken Herrn Herz, daß er in nächster Folge dem Sach sagst noch den Mut aufbringt, zu bestätigen, daß die Grundideen dieser unserer Anträge durchaus richtig ist. Er schreibt:

"Das deutsche Steuersystem höchst unsozial (!) ist, und den Massenverbrauch und das Arbeitseinkommen der unteren Volkschichten viel härter belastet als die großen Vermögen, Erbschaften und Einkommen, so ist gegen die Tendenz einer steuerlichen Entlastung der unteren Volksmassen nicht das geringste einzutwenden. Im Gegenteil: sie muß erachtet werden."

Wie nett von einem Koalitionsminister, daß er es etwas zugibt. Wir werden bei passenden Gelegenheiten die sozialdemokratischen Koalitionsminister an dieses Eingeständnis erinnern. Nachdem Herr Herz dann mit der Bemerkung, daß die kommunistischen Anträge weit übers Ziel schießen, einige alberne Behauptungen, auf die wir noch kurz zurückkommen werden, vorgebracht hat, sagt er dann wörtlich:

"Die kommunistischen Anträge zur Milderung der Massenbelastung seien vor: Die Auflösung der Lohnsteuer, der Zölle, der Tabaksteuer, der Jüdische Steuer, der Biersteuer, der Umsatzsteuer, der Steuer auf Handwaren, Deichmittel und Spielarten. Alle wichtigen Steuern sollen also ohne jede Einschränkung völlig aufgehoben werden. Die Annahme dieser kommunistischen Anträge würde einen Aussall von rund 5700 Millionen hervorrufen. Rund zwei Drittel aller Steuereinnahmen des Reiches sollen also mit einem Schlag beseitigt werden. Daß das eine Unmöglichkeit ist, sehen natürlich selbst die Kommunisten ein. Sie schlagen deshalb eine Erhöhung der Besitzsteuer vor und zwar der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer, der Einkommensteuer, der Körperchaftssteuer und der Kapitalverkehrsteuer. Aber selbst hierdurch würde sich günstigerweise eine Mehreinnahme von 4 Milliarden Mark erzielen lassen, so daß immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 1600 Millionen verbleiben würde."

Wir müssen wiederum Herrn Herz unsere Dankbarkeit dafür bezeugen, daß er sich eine Aufzeichnung über die Wirkung der kommunistischen Steuerforderungen gemacht hat. Wir bestätigen ihm genau, daß die Massensteuern in der Koalitionszeit der SPD in Deutschland, wie er selbst feststellt, 5700 Millionen einbringen müssen, und daß das zwei Drittel aller Steuereinnahmen des Reiches sind. Der Sozialdemokrat vergißt nur, daß diejenigen Massenbelastungen im Reichsetat Beträge von fast genau gleicher Höhe gegenüberstehen, die nur die Kriegsauswirkungen und die neuen Kriegsvorbereitungen betreffen. Annähernd 5700 Millionen Mark muß der deutsche Steuerzahler für Militärversorgung, innere Kriegslasten, Reparationszahlungen sowie für Reichswehr, Marine, Schupo als Militärpolizei, Umstellung von Rüstungsbetrieben und andere militärische Vorbereitungen zahlen. Diese Ausgaben für die Auswirkungen des letzten Weltkrieges und für die neuen kriegerischen Vorbereitungen der kapitalistischen Republik sind es, die uns ganz besonders dazu veranlassen, die Streichung der Massensteuern in vollem Umfang zu fordern. Daß die Einnahmen aus den Massensteuern geradezu die Ausgaben für Kriegsauswirkungen und neue Kriegsvorbereitungen ausmachen, das ist ein beindruckender politischer Standpunkt in der deutschen Republik.

Aber Herr Herz hat ja läblicherweise auch noch errechnet, daß die Kommunisten aus der erhöhten Erbschafts-, Vermögens- und Kapitalverkehrssteuer sowie aus der Erhöhung der Steuertypen der oberen Stufen der Einkommensteuer eine neue Ein-

Oppositionelle Ortsverwaltung des Berliner Textilarbeiterverbandes aufgelöst!

Ein Gewaltstreik im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik

Die Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes des Kreises Brandenburg-Lauenburg-Mecklenburg-Vorpommern hat jetzt die oppositionelle Berliner Ortsverwaltung aufgelöst. Die kommunistischen Mitglieder der Ortsverwaltung sollen sich verpflichten, jede Arbeit in ihrer Partizipanz zu unterlassen. Das bedeutet, daß sich die Genossen jeder Tätigkeit in ihrer Partei enthalten sollen, denn die Zellen der KPD entsprechen organisatorisch den Abteilungsabenden des SPD. Außerdem wurde von den kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern verlangt, sie sollen dafür sorgen, daß die kommunistische Presse keine Artikel mehr veröffentlicht, die nicht vorher der Gauleitung zur Kenntnis vorgelegt haben. Veröffentlicht die KPD-Presse trotzdem unzulässige Artikel, so sollte die Ortsverwaltung gegen die Schreibweise der kommunistischen Zeitungen protestieren. Es ist nur selbstverständlich, daß dieses unglaubliche Ansehen von den oppositionellen Ortsverwaltungsmitgliedern gebührend zu würdigen wurde.

Weichholzen wurde das Vorgehen gegen die kommunistische Ortsverwaltung in einer Erklärung der sozialdemokratischen Textilarbeiter, die am 18. Juli im Berliner Gewerkschaftshaus tagte. Sie war von 14 Mitgliedern besucht, in ihrer großen Mehrheit Angehörige des Verbandes, und diese beschlossen, natürlich auf Inspiration oberster Instanzen, die Absehung der Ortsverwaltung.

Dieser Gewaltstreik in Berlin muß die gesamte Mitgliedschaft des Verbandes zur Gegenwehr herausrufen. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft steht hinter den gewählten oppositionellen Ortsverwaltung. Die sozialdemokratische Führer des Textilarbeiterverbandes fassen die Demokratie genau so auf wie die kapitalistische Klasse. Wenn die Mehrheit einer Mitgliedschaft gegen sie stimmt, hält sie sich durch diktatorische Maßnahmen an der Herrschaft. Im Berliner Fall ist das brutale Vorgehen der Reformisten drittelt von den

nahme von über 4 Milliarden schaffen wollen. Daraus ergibt sich, daß die sozialen Röte, die als Folge des Krieges eingesetzt sind, ihre fürsorgliche Befriedigung durchaus nicht finden sollen. Nur wollen die Kommunisten, daß diese Ausgaben durch steuerliche Belastung der Besitzenden gedeckt werden.

Es wird die sozialdemokratischen Arbeiter sehr interessieren, daß ihr Stenopressial eine solche Tragung sozialer Lasten durch die Besitzenden praktisch ablehnt. Er bekämpft die scharfe Besitzbelastung durch die kommunistischen Anträge mit dem Argument, daß sie „jede Anehnzung von Vermögen verhindern!“ Das sind keine Sorgen! Und dann schimpft Herr Herz noch über die „bodenlose Gewissenlosigkeit der Kommunisten.“

Auf den Gedanken, den Fehlbetrag von 1600 Millionen, den Herr Herz errechnet, durch Streichungen bei Feldswehr, Polizei, Klassenjustiz und Offizierspensionen einzubringen, kommt dieser Sozialdemokrat natürlich nicht. Sein kapitalistischer Koalitionsgeist offenbart sich weiter durch die albernen Behauptungen, daß die Belebung der Massenbelastung von 5,7 Milliarden und die Steigerung der Besitzbelastung um 4 Milliarden „die öffentlichen Finanzen unheilvoll zerstören.“ Als geistiger Heldin der schwierigen Volkspartei steht er keine andere Möglichkeit als Abbau der sozialen Ausgaben, und daß für den Wohnungsbau keine öffentlichen Mittel mehr verfügbar seien. Die ganze geistige Einstellung dieser Herrschäften ist eben nur noch auf Unterwerfung unter die kapitalistischen Wünsche und auf weitere Schädigung der Arbeiterinteressen eingestellt. Bei einer Aenderung des Gewerkschafts, wie es die Kommunisten vorschlagen, den Kampf gegen die Ausgaben für Militär, Polizei, Klassenjustiz und Generalspensionen aufzunehmen, das kommt ihnen nie in den Sinn.

1. Quintus

über gesammelte Gelder der Opposition zu den Gewerkschaftswahlen des DGB

Universelle 40,40 Mt., Hartmann-Werke 6,40 Mt., E. H. Kühne 8,70 Mt., Meurer, Görlitz 54,95 Mt., A. Reiche, Bautzen 16,10 Mt., d. Schober, Wilnsdorf 3,50 Mt., d. Kahl, Bautzen 1,— Mt., Jaschinski AG 19,80 Mt., d. Stadtteil III 9,70 Mt., Friedrich-August-Hütte, Freital 22,50 Mt., Neudorf 19,— Mt., Gustav Barthel, Striesen 21,40 Mt., Arbeitsgebiet Leuben 21,95 Mt., Seidel u. Naumann 90,35 Mt., Sachsenwerk Radeberg 18,— Mt.

Bezirksleitung Sachsen, Abt. Gewerksch.

Für die Kommunisten aber haben die Steueranträge gerade den ausgesprochenen Zweck, der Arbeiterschaft die unerhörte Massenausplunderung vor Augen zu führen und andere Möglichkeiten durch Besitzbelastungen aufzuziehen. Wir wollen die Massen in den offenen Widerstreit zu der ganzen Finanzwirtschaft dieser Republik des Trustkapitals und ihrer Regierungspartei bringen. Wir Kommunisten wissen und sagen es den Massen immer, daß weder einzelne Teile noch das ganze System überwunden werden können, ohne daß die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in offener Feindschaft den Kampf gegen dieses Steuersystem aufzunehmen. Die praktische Zielseitung, die die kommunistische Reichstagstraktion durch ihre Anträge gegeben hat, wird durch die Berechnungen des Herrn Herz vor den Augen der Gesamtarbeiterchaft außerst wirksam unterstrichen.

Was kostet das Mittageessen eines Industriellen?

Wenn die Industriellen essen, so ist das gar nicht eine so einfache Sache, wie man sich denkt. Seit kurzem ist es nämlich bekannt geworden, daß eine der Hauptausgaben der Industrien- und Arbeitgeberverbände darin besteht, den Ernährungsprojekt der kapitalistischen Klasse jüngst durchorganisierten und zu rationalisieren. Der Verband der Metallindustriellen in Frankfurt a. M. ließ, bevor er sich zu den periodischen Festen veranstalte, durch seinen Geschäftsführer vorher zahlreiche Probenessen" errichten, wobei ein jedes Mal ein Probenessen pro Person auf 150 Mark zu stehen kam. Am ganzen wurden für 10 Probenessen 15 000 (Fünfzehntausend) Mark ausgegeben, und wie teuer dann das eigentliche "Hauptessen" zu stehen kam, wird leider nicht mitgeteilt, wahrscheinlich deshalb nicht, um nicht bei der Arbeiterschaft Appetit zu erregen, die ja dieses Gerage durch Lohnabstriche bezahlt. Nun ist die Sache vor das Gericht gekommen, und es ist sogar eine Verurteilung erfolgt. Verurteilt sind aber nicht etwa die Frankfurter Metallindustriellen wegen Prosser, sondern der Geschäftsführer ihres Verbandes, Fuchs, der daneben noch 18 500 Mark unterschlagen hat. Fuchs erklärte bei dieser Gelegenheit, die Gelder seien an Rechtsorganisationen gegeben worden, er könne aber Näheres nicht mitteilen, „weil dann der Verband sofort erledigt wäre“. So aber können die Frankfurter Metallindustriellen ruhig schlafen und weiter freßen.

Verantwortliche Reaktionen: für Inner- und Außenpolitik: Rudolf Henner; für Soziale, Gewerkschaftliche, Sport und Freizeit: Richard Spiegel; für den Interessenrat: Richard Sartori, lärmlich in Dresden; Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft – Druck: "Stern", Deutscherdruck Dresden.

"Gut, wir brauchen solche Arbeiter," jagte der Schwarze und heiste seinen scharfen Blick auf Andrej.

Die zwei anderen blinzelten Andrej flüchtig an, seufzten tief und stimmten ein leises, eintöniges Lied an.

"Wenn du warten willst, kannst du in dem anderen Zimmer warten."

"Ich schick mich hoffentlich an die Front?" fragte Andrej.

"Warum an die Front, wenn ich sage, daß wir so einen wie dich zur Arbeit brauchen?"

"Aber ich habe den Wunsch, an die Front zu gehen; ich will nicht hierbleiben."

"Werter Genosse, ich habe auch einen Wunsch, nämlich, daß du hier bleibst. Hier ist auch eine Front, nichts anderes . . ."

"Ich will in die vordersten Stellungen, Genosse, ich wurde zu diesem Zweck hergeschickt!"

"Wie gesprächig, wie gesprächig-du bist, Teuerster!" rief der Schwarze und zeigte Andrej ein zufriedenes, breites Lächeln. "Ich teile dir also mit, daß hier die vorderste Stellung ist, jeden Augenblick kann die vordeute Stellung hier sein, in Petrograd selbst. Holt die Waffen!"

"Eine Mauserpistole."

"Geh, puhe sie."

"Sie ist geprüft, es ist nicht mehr nötig."

"Wie gesprächig!"

Der Schwarze sprang auf, schlug sich auf die Schenkel und näherte sich Andrej. Er war gut gewachsen, geschmeidig, hatte einen engen Brustkorb, und in seinem Gesicht erklang plötzlich unerhörlicher Ernst, den die zu den Worten nicht passende fremdartige Aussprache noch verschärfte.

Er sagte:

"Junger Genosse, die Revolution weiß, was sie mit dir mit mir, mit dem dort und mit den anderen anfangen soll. Auch ich will nicht in diesem kalten, hohen Zimmer liegen, für Werk hoch vom Fußboden bis zur Zimmerdecke. Die Revolution weiß, daß ich, der Befehlshaber hier bei dem dreigeteilten Kamin tödig bin. Warte im anderen Zimmer. Du wirst helfen, den gefallenen Kommandanten zu bestatten."

Er klopfte Andrej auf die Schulter und fügte grinsend hinzu:

"Ein schönes Begräbnis, ein schönes Zeichen für den C der Roten Armee!"

(Fortsetzung folgt)

STÄDTE UND JAHRE

aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Urmanskij
Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(6. Fortsetzung.)

Und nachst ein häßig aus dem Dinkel eine Gestalt mit großem, weißen Kopf an einem Güterzug heran, der von Moskau nach Klin troch, ließ die Waggons mit den klapprnden Kuppelungen an sich vorbeifahren und schwang sich am Ende des letzten Waggons unter dem hellen Auge der roten Laterne auf den Puffer.

Der Feind vor den Toren

Das Stabsquartier war beleuchtet, über die schmutzigen Treppen gingen, liefen, flögten Menschen. Durch die weit offene Tür drang das fortwährende Läuten des Telefons, und eine heisere gesqualte Stimme brummte jeden Augenblick:

"Hallo – Dienststisch –"

"Ein Dienstgepräch – hier Befehlsübermittlung!"
In dem runden hohen Zimmer schwamm im Tabakrauch und Papiermasse ein schlüpfriger Mensch, der auf dem Tisch wie ein flüssiger Teig zerfloß. Mit schmutzigen Fingern betastete er Landkarten, Papierstücke, Papierbögen und legte sie auf einen anderen Platz, holte die emalierte Teekanne zu seinen herabhängenden Lippen empor, sog an dem abgestochenen Schnabel der Kanne, dann starrte er lange geradeaus; seine Augen hatten die Lippen und farblose Pupillen. Nun zerfloß er wieder auf dem Tisch und beschäftigte sich von neuem mit den Papieren.

"Um wieviel Uhr hatten Sie angetreten?" fragte er Statzow, ohne sich von seinen Papieren abzuwenden.

"Um neun Uhr!"

"Wie spät ist es jetzt?"
Alles an ihm hing herab, der Schnurrbart troch in den Mund, die Wangen auf den Unterkiefer, die langen Haare verdeckten Stirn, Augen und Ohren, aber die Hände, mit Käten, Zetteln und Papieren beschäftigt, arbeiteten wie die Hebel einer gut geschmierten Maschine unermüdbar und genau.

"Warten Sie mal!" rief er dem weggehenden Statzow zu.
"Ich hab' ja zum französischen Kri."